

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Redaktionsstelle: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann Müller
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schiffbaustr. 1, Dresden

Bezugspreis vom 1. Sept. 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.
Postzusatz für Monat September 0,40 Mk. ohne Postzusatzgebühren. Einzelnummer 15 Pf.
Kuhlenberg 20 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Gelddruck berechnet:
die einseitige 20 mm breite Zeile 20 Pf., für anderwärts 40 Pf., für den Rest des Blattes
gemäß dem Inhalt 15 Pf., überhalb 25 Pf., die 20 mm breite Restzeile 20 Pf., außer-
halb 25 Pf. Offensivpreis 20 Pf. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neiß & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1065 Dresden
Nachdruck nur mit dem. Quellenangabe
(Kosch. Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schlussätze werden nicht aufbewahrt

Aussichtslose Räumungs-Vorschläge

Was Briand dem Reichskanzler Müller-Franken sagen wird: Sonderkontrolle im Rheingebiet oder Mobilisierung der Obligationen

Paris, 1. September. In den bevorstehenden Genfer Verhandlungen zwischen Reichskanzler Müller und Außenminister Briand, schreibt der „Matin“, es sei natürlich nicht ausgeschlossen, daß die beiden Staatsmänner bei ihrer Begegnung über die Frage der Rheinlandräumung verhandeln würden. Da aber Poincaré und Dr. Stresemann bereits einen ausgedehnten Gedankenaustausch hierüber gehabt hätten, sei nicht anzunehmen, daß noch Neues gesagt werden könne. Es genüge ein Hinweis auf den Sachverhalt: „Wenn es sich um die vorzeitige Räumung der Koblenzer Zone handelt, die normalerweise im Januar 1930 erfolgen soll, erklärten die Deutschen, daß dieses Zugeständnis für sie keine allzu große Bedeutung hat; wenn es sich um die Gesamträumung handelt, so bleibt die These der französischen Regierung, daß diese Räumung nur gegen einen Ausgleich erfolgen kann.“

Man hat zwei Arten von Ausgleich ins Auge gefaßt. Nämlich erstens: Die Schaffung einer Sonderkontrolle über das entmilitarisierte Rheingebiet, und zweitens die vorzeitige Zahlung der Reparationen. Die erste Art begegnet in Deutschland wenig Gegenliebe. Was die zweite Art angeht, so wird man einwerfen, daß sie an eine umfassende Regelung gebunden ist, die nicht nur die Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen, sondern auch die Begrenzung der Schuldenannuitäten, und vor allem eine Einigung mit den Vereinigten Staaten über die Kriegsschulden umfaßt. In beiden Fällen dürften diese Verhandlungen in 1 1/2 bis 2 Jahren zu Ende gehen. In diesem Augenblick wird die zweite Zone schon geräumt sein und die Belegung der dritten Zone wird normalerweise nur noch etwa 4 Jahre dauern.“

Der Genfer Berichterstatter des Blattes glaubt zu wissen, daß man den Deutschen bedeutet habe, wie sie die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern einer vorzeitigen Räumung günstig stimmen könnten, ohne jene ausgedehnte internationale Regelung abzuwarten, nämlich indem sie sich ihres Kreditbedürfnisses bedienen, um auf den Finanzmärkten ganz oder teilweise die in Frage stehenden Obligationen unter-

zubringen. Die Deutschen könnten nicht sagen, daß dies durchaus unmöglich sei, da sie bequeme eine sehr große Anzahl von öffentlichen und privaten Anleihen während der letzten Jahre aufgenommen hätten. Man sehe nicht ein, wie Briand, der mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung völlig übereinstimme, Reichskanzler Müller etwas anderes sagen könne.

Will auch Kemal-Pascha König werden?

London, 1. Sept. In Konstantinopel eingegangene Mitteilungen aus Angora wollen wissen, daß Kemal-Pascha beabsichtigt, dem Beispiel Ahmed Joans zu folgen und sich zum König der Türkei proklamieren zu lassen. Kemal-Pascha sollen zahlreiche Rundschreiben zugegangen sein, die ihn dringlich ersuchen, die Türkei wieder in eine Monarchie umzuwandeln. Eine Bestätigung dieses höchst unwahrscheinlichen Gerüchtes bleibt abzuwarten.

Ahmed Jogu wird heute den Königseid leisten

Tirana, 1. September. In der Sonnabendvormittags-Sitzung werden die Anträge der Kommission gebilligt. Eine Abgeordnetendeputation wird sofort Ahmed Jogu aussuchen, um ihm die Krone anzubieten. Um 5 Uhr nachmittags wird sich Ahmed Jogu zur Nationalversammlung begeben, wo er den Eid leisten wird. Aufhören der Krönung werden große Volkskundgebungen stattfinden.

Rein Schritt Londons in Tirana.

London, 1. Sept. Die der „Morning Post“ von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, entsprechen die Meldungen, nach der die Mächte in Tirana im Zusammenhang mit der Umwandlung Albaniens in eine Monarchie Vorstellungen erhoben haben, soweit Großbritannien genannt wurde, nicht den Tatsachen. Die Proklamation des Präsidenten zum König werde in London als eine innere Angelegenheit angesehen.

Die Neuorientierung Englands

In dem Ballen und Bogen der internationalen Politik, in der offensichtlich neue Gruppierungen der Mächte nach Gestaltung ringen, verdient die veränderte Einstellung des amtlichen Englands besondere Beachtung. Die Londoner Diplomatie hat noch immer auf sehr lange Sicht gearbeitet und sie ist bekannt wegen der Treffsicherheit, womit sie sich auf Entwicklungen, die geraume Zeit zum Reifen brauchen, rechtzeitig einstellt. Das eklatanteste und für uns Deutsche folgensthwerste Beispiel dieser Art ist die englische Isolierungs-

politik gegenüber Deutschland, die als Vorbereitung des Weltkrieges schon reichlich ein Jahrzehnt vor dem Ausbruch der Katastrophe einsetzte. Als damals das englisch-französische Einvernehmen, die „Entente“, ihre ersten Fühler in politische Leben ausstreckte, konnte man noch nicht voraussehen, welche tiefstürzenden und weitaussehenden Zwecke England mit dem Umschwung in seiner Politik — bis dahin war der Weg der englisch-französischen Beziehungen mit fortgesetzten Streitigkeiten gepflastert gewesen — im Auge hatte. Auch heute ist es wieder Frankreich, zu dem hinüber Herr Chamberlain eine Schwelung vollzogen hat, die sich wegen ihres stark betonten Charakters sehr scharf am politischen Horizont abzeichnet. Das französische Entzücken über die wiedererwachte englische Liebe kam drahtlich in dem Jubel zum Ausdruck, womit die Pariser Presse den neuen englischen Botschafter Tyrrell begrüßte. Der ehemalige Privatsekretär Lord Grens wurde in Paris überschwänglich gefeiert als der Mann, dessen Verdienst es sei, die seinerzeit von Lord Gren geschaffene „Entente cordiale“ zwischen Frankreich und England zu frischem Leben erweckt zu haben. Die englisch-französische Intimität fällt zeitlich zusammen mit einer erheblichen Erkaltung der Beziehungen zwischen London und Washington, die infolgedessen auch einen sachlichen Zusammenhang mit der neuen englisch-französischen Freundschaft hat, als das Rüstungsabkommen, das die Grundlage der Entente zwischen London und Paris bildet, die unmittelbare Ursache des amerikanischen Abrückens von dem angelsächsischen Lager ist. In der amerikanischen Presse wird offen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich der westmächtlige Bund direkt gegen die von Amerika nach dem Kriege errungene führende Stellung auf politischem, finanziellen und wirtschaftlichem Gebiete richte. In offiziellen Washingtoner Kreisen, so versichert eine New Yorker Meldung, glaube man, daß die Erneuerung der Entente cordiale geradezu den Weltfrieden gefährde, weil sich daraus andere Allianzen ergeben müßten, die dann gegeneinander arbeiten würden, wie früher der Zweibund und der Dreibund; dann könnte es kommen, daß die Vereinigten Staaten sogar zur Frontstellung gegen frühere Verbündete gezwungen würden.

Man erkennt hieraus, daß das Ausmaß des amerikanischen Mißtrauens gegen die neue britische Außenpolitik recht beträchtlich ist. Bisher war man gewohnt, den feinerzeit von England proklamierten Grundsatz der unbedingten angelsächsischen Solidarität auf dem ganzen Erdball als unumstößlich zu betrachten. Die so plötzlich eingetretene Krise in den englisch-amerikanischen Beziehungen gibt nun aber die Lehre, daß in der hohen Politik keine Formel, auch wenn sie scheinbar noch so gut begründet ist, Anspruch auf dauernde Geltung machen kann. Als die Genfer Seeabräumungskonferenz gescheitert war, gessel sich die englische Presse noch in der geistlichen Betonung der völligen Undenkbarkeit eines englisch-amerikanischen Krieges. Heute aber sprechen amtliche Washingtoner Kreise unverhüllt von der Gefahr, mit der Amerika durch das englisch-französische Rüstungsabkommen bedroht werde, und ziehen daraus den Schluß, daß Präsident Coolidge oder sein Nachfolger genötigt sein werde, deswegen die amerikanische Flotte zu verstärken. Statt der ursprünglich geplant gewesenen 15 neuen Kreuzer sollen jetzt 71 gebaut werden! Auch sonst zeigt die Haltung der Presse und der Regierung in Amerika deutlich, daß die junge, aufstrebende, mächtige und selbstbewußte Nation jenseits des Ozeans in keiner Weise gewillt ist, vor England zurückzuweichen. Das Londoner Auswärtige Amt hatte in dem Notenwechsel wegen des Kellogg-Paktes darauf hingewiesen, daß es gewisse Gebiete in der Welt gebe, die für England lebenswichtig seien und bei denen es daher feinerlei fremde Eingriffung irgendwelcher Art dulden könne. Das war ein nicht mißzuverstehender Fingerzeig auf Ägypten und den Sudan. Die Washingtoner Regierung hat sich aber nicht bereitfinden lassen, diesen Londoner Anspruch anzuerkennen. Sie bezeugte vielmehr ihre Nichtachtung des britischen Verlangens ostentativ dadurch, daß sie flugs der ägyptischen Regierung einen Schiedsvertrag anbot. Amerika behandelt also Ägypten im Widerspruch mit der nachdrücklich betonten englischen Auffassung als selbständige Macht. Das ist ein derber und rücksichtsloser Schlag gegen die angelsächsischen Interessensolidarität und Außenfreundschaft, die übrigens stets hauptsächlich von England im Munde geführt würden, während die Amerikaner größere Zurückhaltung beobachteten.

Leider hat sich das gekennzeichnete internationale Geschehen wieder, wie schon so oft in der Nachkriegszeit, auf dem Rücken Deutschlands abgespielt, das mit einer wirksamen Londoner Hilfe in der Frage der Rheinlandräumung nicht mehr rechnen kann und daher wiederum zum Leid- und Kostträger im Streite der anderen geworden ist, nicht zum wenigsten auch deshalb, weil sich England den französischen Standpunkt auf dem Gebiete der Rüstungsgang zu eigen gemacht hat. Danach fallen die mobilisierungs-

Ausweichende Rats-Antwort an Kostarika

Neue Geheimisungen

Genf, 1. Sept. Der Völkerbundsrat ist heute vormittag um 10 Uhr erneut zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten, in der wiederum Fragen von geringerer Interesse zur Verhandlung gelangen werden. Es besteht offensichtlich das Bestreben, alle wichtigen Fragen auf die nächste Woche zu verschieben. In einer anschließenden geheimen Sitzung wird der Rat sich sodann mit dem Antrag der ungarischen Regierung auf erneute Behandlung des ungarisch-rumänischen Opantentvertrages befassen, und sodann mit den Plänen über den Neubau des Völkerbundspalastes. In einer weiteren geheimen Sitzung wird sodann die Antwortnote an die Regierung von Kostarika möglicherweise heute schon endgültig abgefaßt werden. Es dürfte bereits eine grundsätzliche Einigung zustande gekommen sein.

Die Antwortnote an die Regierung von Kostarika wird folgende drei Gesichtspunkte enthalten: 1. Der Rat sei nicht in der Lage, die Monroe-Doktrin auszulassen, da dies den direkt interessierten Mächten überlassen bleiben müßte. 2. Die Tatsache, daß die Monroe-Doktrin in Artikel 21 des Völkerbundspaktes erwähnt worden sei, bedeute keineswegs, daß diese Erwerbung eine besondere Ausdehnung oder Einschränkung ihrer Geltung gebe. 3. Der Rat weiß auf den Antrag der Regierung von San Salvador während der Verkäuflicher Friedenskonferenz hin, auf der diese den Präsidenten Wilson um eine Auslegung der Monroe-Doktrin gebeten hatte. Der amerikanische Delegierte hatte damals in Verleiss auf die Rede des Präsidenten Wilson auf der zweiten panamerikanischen Konferenz in Washington über die Bedeutung der Monroe-Doktrin hingewiesen.

Diese Stellungnahme des Völkerbundsrates bedeutet, wie allgemein erwartet worden war, eine ausweichende Antwort auf den Antrag Kostarikas. Der Völkerbund lehnt es ab, in irgendeiner Weise zur Monroe-Doktrin Stellung zu nehmen und verweist lediglich auf die bekannte Entstehungsgeschichte des Artikels 21 des Völkerbundspaktes.

Abschluß des Nationalitätentages

Genf, 31. August. In der Schlußsitzung des Nationalitätentages hielt der deutsche Abgeordnete in Etland, Wicht an der Spitze, einen lehrreichen Vortrag über Nationalitätentag und Rechtsverflechtung. In seiner Schlussanrede hob Präsident Dr. Wilson hervor, daß die von der Tagung erhobene Kritik an der Arbeit des Völkerbundes nicht allein im Interesse der Minderheiten erfolge, sondern nicht zuletzt im Interesse des Völkerbundes selbst. Dr. Wilson begrüßte die Anwesenheit der Vertreter des im vorigen Jahre ausgetretenen Verbandes der Minderheiten Deutschlands, die diesmal als Beobachter an der Tagung teilnahmen. Dr. Wilson verlas noch die Grundzüge, die die Minderheitentagung über Ziel und Zweck ihrer Arbeit, sowie über Einladungen und Aufnahme neuer Gruppen und über technische Einzelheiten auf dieser Tagung beschlossen hat. Der Präsident schloß: Was wir hier leisten, trägt im eigentlichen Sinne zur Befriedigung der Menschheit bei, indem unsere Arbeit die europäische Kultur, die ohne die Kultur der einzelnen Völker undenkbar

ist, durch die Erhaltung wertvollster Einzelteile bereichert. Wir aber wollen die Welt besser verlassen, als wir sie vorgefunden haben.

Das Flottenabkommen wird durchgeführt

Erklärung des französischen Marineministers

Paris, 1. Sept. Der „Matin“ hat sich erneut an Marineminister Laguesse gewandt, der ihm über den Anteil, den die beiden Admiralitäten beim Zustandekommen des Seeabkommens hatten, folgendes erklärte: „Das Flottenabkommen ist ein gemeinsames Werk der beiden Admiralitäten, die an ihm in dem gleichen Geiste der Verbündung und mit der gleichen Ueberzeugung gearbeitet haben, daß ihre Einigung das einzige Mißverständnis verschwinden ließe, das zwischen den beiden Ländern seit dem Kriege besteht und den glücklichen Einfluß auf die spätere Arbeit der internationalen Konferenzen zur Rüstungsbeschränkung haben dürfte. Jetzt, da die Admiralitäten das technische Problem gelöst hätten, hätten sie nichts mehr zu sagen. Die Regierung würden das endgültige Abkommen durchführen.“

Die gestrigen Erklärungen Cusendens zum Flottenabkommen werden von den englischen Morgenblättern sehr begrüßt. Die „Times“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Vertrag erst dann bindende Kraft erhalte, wenn er von den Vertretern der Regierungen Japans, Italiens und der Vereinigten Staaten in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenzen angenommen worden sei. Eine Ansicht, die nach den neuen Erklärungen Laguesse nicht zutreffend ist. Die liberale „Daily News“ bedauert, daß die Frage der ausgedehnten Landreserven bei den Erklärungen ganz unberücksichtigt gelassen worden sei. Die britische Regierung trage die Verantwortung für eine Haltung, die einer Zerrümmerung des Kellogg-Paktes sehr nahe komme und eine ernste Herausforderung an die sehr veränderte Einstellung der Welt gegenüber der Hintertreppendiplomatie darstelle.

Rücktritt Bridgemans

London, 1. Sept. Es verlautet, daß der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, beschloffen habe, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Die Welgerung Kelloggs, nach London zu fahren, sei die Folge der Interpretierung des englisch-französischen Flottenabkommens. Die Demission Bridgemans, die große Sensation machen werde, zeige die innerhalb des britischen Kabinetts in dieser Frage bereits bestehenden Meinungsverschiedenheiten. — Bridgeman hat diese Presse-meldungen bekräftigt und als Grund für diesen Entschluß Gesundheitsrückfälle (!) angegeben. — In Wirklichkeit ist der Rücktritt Bridgemans eine Verheugung vor Amerika. Es hat den Anschein, daß Lord Cusendens die Aufgabe hat, bis zur Rückkehr Chamberlains im November, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen und besonders das englisch-amerikanische Verhältnis wieder auf eine befriedigende Basis zu stellen.